

## Botschaften der Konzerne

# **Ökonomie im Schulunterricht**

Wie funktioniert unser Wirtschaftssystem? Wo erhalten Jugendliche Informationen und Antworten auf ihre Fragen? – In der Schule jedenfalls nicht. Es gibt bundesweit kein Pflichtfach Wirtschaft. Die Kultusminister verweigern seit langem entsprechende Stundenpläne. Sie überlassen die Ökonomie lieber den Interessen der Konzerne.

Unternehmen und ihre Organisationen übernehmen sehr gerne den Unterricht. So gründeten im Jahr 2010 der Versicherungskonzern Allianz, die Unternehmensberatung McKinsey und das PR-Netzwerk Grey die Initiative My Finance Coach (MFC) [www.myfinancecoach.de](http://www.myfinancecoach.de). Mehr als 20 weitere Firmen unterstützen und finanzieren die Arbeit in den Schulen, zuletzt mit 2,3 Millionen Euro im Jahr. Die Organisation stellt den Schulen kostenlos Unterrichtsmaterial zur Verfügung und schickt Mitarbeiter/innen der beteiligten Firmen als Coaches in den Unterricht. Über 1.000 Unterrichtsbesuche haben die Finance Coaches bereits absolviert. 450 Unternehmensmitarbeiter/innen sind im Auftrag der Initiative aktiv. Und MFC bietet auch „Fortbildungen“ für Lehrerinnen und Lehrer an. Rund 800 haben bislang daran teilgenommen.\*

Fast 90.000 Schülerinnen und Schüler sollten mit dem gratis zur Verfügung gestelltem Material der Initiative bislang lernen, wie sie sich im Interesse der Marktteilnehmer künftig zu verhalten haben. Außerschulische Materialien müssen die Vorschriften für die Lizenzierung von staatlichen Schulbüchern nicht erfüllen. Die Lehrerinnen und Lehrer entscheiden selbst, ob und welche Unterrichtsmaterialien der Lobbygruppen eingesetzt werden. Sozialwissenschaftler der Universität Bielefeld warnen allerdings in einer Analyse: „Die Lernmaterialien sind nicht selten wissenschaftlich und politisch tendenziös und fördern oft einseitig unternehmernahe Weltbilder“. Auch die Bundesverbraucherzentrale stellte in einer Untersuchung fest, das Gesamtkonzept von MFC müsse „aufgrund der unzulässigen fachlichen Verengung als tendenziös und damit als nur bedingt unterrichtstauglich eingestuft werden“.

In Deutschland gibt es Schätzungen zufolge über 200 Projekte zur ökonomischen Bildung. Die Schulen werden zugeschüttet mit Angeboten der Konzerne und ihrer Organisationen. So bietet die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) [www.insm.de](http://www.insm.de) mit ihrem Lehrerportal „Wirtschaft und Schule“ zahlreiche Unterrichtsentwürfe und Publikationen für Haupt- und Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen an. Die Initiative „Handelsblatt macht Schule“ [www.handelsblattmachtschule.de](http://www.handelsblattmachtschule.de) wird unter anderem von der Deutschen Telekom Stiftung, der Deutschen Vermögensberatung (DVAG), dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Unternehmensberatung Ernst & Young gesponsert. Auch das privatrechtlich organisierte Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg GmbH [www.ioeb.de](http://www.ioeb.de) bietet Unterrichtsmaterialien und Lehrerfortbildung. Träger sind unter anderem die Bertelsmann Stiftung, die Stiftung der Deutschen Wirtschaft, die Länder Niedersachsen und Baden-Württemberg. Nach Angaben des Instituts steht jährlich ein Etat von bis zu anderthalb Millionen Euro zur Verfügung. Ein Drittel davon finanziert das Land Niedersachsen. Da stellt sich beispielsweise die Frage, warum das Land Niedersachsen die Finanzmittel nicht den Schulen unmittelbar zur Verfügung stellt.

Diese Beispiele zeigen, wie die Konzerne auch in der Aus- und Weiterbildung ihre Macht und Beeinflussung junger Menschen ständig ausweiten. Und das alles zur Sicherung des herrschenden Systems. Lobbygruppen und Unternehmen nutzen den Schulunterricht, um für ihre Interessen und Produkte zu werben. Und niemand protestiert?

In vielen Bereichen wird eine Partnerschaft „Wirtschaft und Schule“ verkündet. Kontrolliert wird das alles nicht. Und wo sind die Gewerkschaften? In manchen Fällen sind sie vor Ort an der Seite der Wirtschaft im Sinne von Kooperation beteiligt. Aber welcher Gewerkschaftssekretär geht wenigstens in die Berufsschule und informiert und diskutiert mit jungen Menschen über Entwicklungen und Nachteile für die Arbeitnehmer/innen im bestehenden Wirtschaftssystem und über mögliche Alternativen? Im DGB gibt es zwar seit vielen Jahren eine „Initiative Schule und Arbeitswelt“ [www.schule.dgb.de](http://www.schule.dgb.de). Und es gibt Forderungen und Projekte. Aber gewerkschaftliche Initiativen vor Ort sind selten. Gewerkschaften mit Alternativen zu den herrschenden sozialen und ökonomischen Verhältnissen sind auch für junge Menschen kaum wahrnehmbar.

*Franz Kersjes*

(Daten und Fakten: *Financial Times Deutschland* und *taz.die tageszeitung*)